



Soziale Aspekte von Climate Change Impacts

Hintergrund und Forderungen

Eine Zusammenfassung der Studie

Weltweit gesehen zählen reiche Menschen und Staaten zu den HauptverursacherInnen des Klimawandels, während die Armen zu den Opfern gehören. Diese Trennung in VerursacherInnen und Opfer des Klimawandels gibt es aber auch innerhalb eines reichen Landes wie Österreich. Leiden also ärmere Bevölkerungsschichten mehr unter dem Klimawandel, während reichere Personen durch ihre Lebens- sowie Konsumgewohnheiten das Klima stärker belasten? Die vorliegende Studie geht dieser Fragestellung erstmals systematisch in verschiedenen Teilaspekten nach.

Reiche tragen stärker zum Klimawandel bei

Personen des obersten Einkommensquartils (d.h. der 25 Prozent mit dem höchsten Einkommen) geben mehr Geld für Mobilität und Konsum aus als Personen in niedrigeren Einkommensgruppen. Reiche Menschen besitzen mehr Autos (=höherer Treibstoffverbrauch) und geben mehr Geld für Urlaubsreisen aus, wobei sich vor allem die Anreise (z.B. mit dem Flugzeug) klimabelastend auswirkt. Personen des obersten Einkommensquartils verursachen durch Urlaubsreisen durchschnittlich jährlich etwa 509 kg CO₂ Ausstoß, während das unterste Quartil hierfür nur 115 kg zu verantworten hat. Ähnlich die Situation beim Konsum: Das Verhältnis pro Person beträgt 2.160 kg CO₂ zu rund 1.700 kg. Beim Heizen gibt es ebenfalls schichtspezifische Konsummuster, die sich anhand der Wohnungskategorien festmachen lassen: In den besser ausgestatteten Wohnungen wird weniger klimafreundlich geheizt. Personen der Kategorie A beheizen ihre Wohnungen hauptsächlich mit den Energieträgern Heizöl (alpine Regionen) und Gas (Großraum Wien, Weinviertel, Nordburgenland sowie alte Industrieregion Mürztal). Die BewohnerInnen der Kategorien BCD beheizen ihre Wohnungen zum weitaus größten Teil mit Holz. Hier sind es die burgenländischen Bezirke Güssing, Jennersdorf und Oberwart sowie der Salzburger Bezirk Tamsweg, welche Werte um die 90% einnehmen. In CO₂ Emissionen umgerechnet verursacht die Kategorie BCD im Durchschnitt nur 80% jenes Wertes pro Wohnung wie die Kategorie A.

Sind Ärmere stärker vom Klimawandel betroffen?

Bei der Betroffenheit unterschiedlicher sozialer Gruppen vom Klimawandel ist zunächst nach den verschiedenen Ursachen zu unterscheiden: (a) Betroffenheit durch Klimarisiken, (b) unterschiedliche Anpassungsfähigkeit oder (c) Betroffenheit von klimapolitischen Maßnahmen. Weiters können diese Ursachen in drei verschiedenen wesentlichen Wirkmechanismen negative aber auch positive Veränderungen bewirken: Über direkte Veränderung der Lebensbedingungen am Wohnort, Veränderungen der Verdienstmöglichkeiten am Arbeitsplatz oder aber über Veränderung der Konsummöglichkeiten und der Preise.



Da ärmere Bevölkerungsgruppen höhere Anteile ihres Einkommens für Nahrungsmittel und Energie ausgeben müssen, sind sie z.B. von klimabedingten oder klimapolitikbedingten Preissteigerungen bei diesen Produktgruppen besonders betroffen. Aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten können sich diese Personen seltener thermische Wohnraumsanierungsmaßnahmen sowie energieeffiziente Elektrogeräte (z.B. Kühlgeräte) leisten, um ihren Energieverbrauch zu senken bzw. um sich an höhere Temperaturen im Sommer anzupassen.

Neben diesen Mechanismen wird der Zusammenhang zwischen Klimawandel (Temperaturerhöhung) und Wohnen bzw. wohnbedingten Konsumausgaben näher untersucht. Dazu muss man analysieren, (1) wo die ärmeren Bevölkerungsteile Österreichs überwiegend leben und (2) welche Gebiete stärker von Temperaturänderungen betroffen sein werden.

Wo wohnen die ärmeren ÖsterreicherInnen?

Die BezieherInnen niedrigerer Einkommen sind entlang der Grenzverläufe zu den neuen EU-Mitgliedsländern und auf die Gebirgsregionen der Tauern konzentriert. Höhere Einkommen sind hingegen in den Großräumen von Wien und der Landeshauptstädte sowie in den alten Industrieregionen der Obersteiermark und Oberösterreichs zu finden.

Ein weiteres Bild der sozialen Geographie liefert die Verteilung der Wohnungen nach Ausstattungskategorien in Österreich: Wohnungen der Kategorie A sind vor allem in den Bundesländern Oberösterreich, Salzburg und der Steiermark sehr stark um die jeweiligen Landeshauptstädte herum angesiedelt, während sich jene der Kategorien BCD stark auf die nördlichsten Bezirke Niederösterreichs, das südliche Wiener Becken sowie die alpinen Bereiche Kärntens konzentrieren.

Wo hat der Klimawandel den stärksten Einfluss aufs Heizen und Kühlen?

Die größten Rückgänge in der Anzahl der Heizgradtage (HGT) für die Periode 1981-2041 werden für die Bereiche entlang des Alpenhauptkamms und den Bezirk Zwettl prognostiziert. Demgegenüber weisen die Bezirke um Wien sowie das Burgenland und die Südsteiermark die niedrigsten Rückgänge auf. Hinsichtlich der Zunahme von Kühlgradtagen (KGT) zeigt sich ein fast identes jedoch inverses Bild. Die größten Zunahmen sind im Osten, die geringsten in den alpinen Regionen zu verzeichnen.

Ergebnis und Schlussfolgerung: Klimawandel betrifft Ärmere mehr

Kombiniert und verschneidet man die erwähnten Daten, so tritt der Unterschied in der Betroffenheit der ärmeren und reicheren ÖsterreicherInnen im Hinblick auf den Heiz- und Kühlbedarf deutlich wahrnehmbar hervor: Das ärmere Viertel der österreichischen Bevölkerung wohnt überwiegend in Gebieten, wo derzeit geringfügig (2 Prozent) mehr geheizt werden muss als dort, wo das reichste Bevölkerungsviertel derzeit durchschnittlich wohnt. Diese Menschen tun dies mit wesentlich klimafreundlicherem Heizmaterial als die Reichen. Die gute Nachricht für die Ärmere ist, dass sich durch den Klimawandel dieser Nachteil verringert, d.h. die Regionen in welchen sie wohnen werden stärker an Heizgradtagen verlieren als der Rest Österreichs. Auch gibt es einen kleinen Vorteil im Hinblick auf den Anstieg der Kühlgradtage. Allerdings gilt dies nicht für jenen Teil der BezieherInnen niedriger Einkommen, die in Wohnungen der Kategorie BCD leben. Von diesen



leben überdurchschnittlich viele in jenen 20 Bezirken Österreichs, wo der Kühlbedarf am stärksten zunehmen wird. Sie tun dies in meist schlecht gedämmten Wohnungen und mit geringem Einkommen, das eine Anpassung schwer macht. Es geht um rund 300.000 Menschen, die dankbar sein werden, wenn sie in 30 Jahren nicht mehr in ihren Wohnungen im derzeitigen Zustand den Sommer verbringen müssen.

Schlussfolgerungen und Forderungen von GLOBAL 2000

Klimaschutz und Klimaschutzpolitik ist auch Sozialpolitik. Wer für die Rechte und Interessen der weniger Wohlhabenden in Österreich eintritt, muss konsequenterweiser auch für mehr Klimaschutz eintreten.

- **Energieberatung:** Statt Heizkostenzuschuss nach dem „Gießkannenprinzip“, sollte es für Bedürftige Energieberatung, sowie finanzielle Unterstützung für klimafreundliche und energieeffiziente Heizungen, aber auch hocheffiziente Haushaltsgeräte und Jalousien (Schutz gegen die Sommerhitze) geben.
- **Recht auf thermische Sanierung:** Arme Menschen leben überdurchschnittlich oft in Mietwohnungen. Auch für sie muss es ein Recht auf thermische Wohnraumsanierung geben. Ein mögliches Modell wäre, dass die öffentliche Hand mittels Contracting die relativ hohen Sanierungskosten vorschießt. Diese werden einerseits über die eingesparten Energiekosten, andererseits über öffentliche Zuschüsse (aus der Wohnbauförderung) und auch durch Aufwendungen des Hausbesitzers (da dessen Haus eine Wertsteigerung erfährt) zurückgezahlt. Solch eine Sanierung sollte notfalls auch gegen den Willen der Hausbesitzer durchgeführt werden können. Diese Contractingmodelle sollte auch bedürftigen Wohnungs- und HausbesitzerInnen offenstehen.
- **Höhere Wohnbaustandards:** Bei allen Neubauten sind nicht nur bei der Wärmedämmung (im Winter), sondern auch beim Hitzeschutz (im Sommer) hohe Standards vorzugeben. Dadurch bleibt es den zukünftigen BewohnerInnen erspart, in unerträglich heißen Wohnungen zu leben bzw. hohe Kosten durch energieverschwendende Klimaanlageanlagen tragen zu müssen.
- **Ökologische und sozial gerechte Tarife für Strom, Gas und Fernwärme:** Die Tarifmodelle der Strom- und Gaswirtschaft führen – unter dem Deckmantel der Kostentransparenz – dazu, dass sparsame Privatkunden für ihre Energie unverhältnismäßig mehr zahlen als Energieverschwender. So zahlt ein Kunde mit einem Jahresstromverbrauch von 500 kWh rund doppelt so viel pro Kilowattstunde als ein Kunde mit 5.000 kWh. Sparsamer Umgang mit Energie wird also finanziell bestraft, Verschwendung belohnt: Ein Vorschlag wäre, Messleistungen und diverse Grundgebühren auf die verbrauchten kWh aufzuteilen und eine Grundstufe einzuführen (z.B. 1.000 kWh pro Jahr), bis zu der dies nicht passiert; dasselbe aliquot auch bei Gas. Damit wäre sowohl Ärmeren, die mit Energie aus Kostengründen sorgsam umgehen (müssen) wie auch der Umwelt geholfen.
- **Ausbau der Öffentlichen Verkehrsmittel,** speziell in bisher vernachlässigten ländlichen Gebieten (Tauern, Wald- und Mühlviertel, Burgenland, Oststeiermark, Osttirol). Dort befinden sich einerseits jene Bezirke mit den meisten armen Menschen,



andererseits ist dort die Öffi-Anbindung am schlechtesten. Arme Menschen werden dadurch ihrer Mobilität beraubt oder durch den „Zwang zum Auto“ in die Kostenfalle getrieben. Ein Zwei-Stunden-Takt der Öffentlichen Verkehrsmittel in jeder Gemeinde wäre die adäquate Antwort darauf.

- **Ökologische Steuerreform:** Diese muss so ausgestaltet sein, dass Energie- und Ressourcenverschwendung verteuert wird, sparsamer Umgang damit allerdings belohnt wird. Ein zweites Prinzip sollte sein, dass dadurch die finanzielle und steuerliche Belastung auf Arbeit (z.B. Sozialversicherungsbeiträge) sinkt. Beide Faktoren kommen tendenziell den Ärmern mehr zu gute.
- **Verbot von Klimazerstörung:** Statistisch ist belegt, dass reiche Menschen überproportional stark für den Klimawandel verantwortlich sind. Da es kein Menschenrecht auf Umweltverschmutzung gibt, müssen Wege gefunden werden, den Ausstoß von Treibhausgas-Emissionen auch bei Wohlhabenden drastisch zu reduzieren. Dazu wird eine ökologische Steuerreform allein nicht ausreichen. Es muss auch ordnungspolitische Maßnahmen (z.B. Fahrverbot für SUV in Innenstädten, kein weiterer Flughafen ausbau usw.) geben.
- **Klimaschutzgesetz:** Leitklammer für alles sollte ein verbindliches Klimaschutzgesetz im Verfassungsrang sein, welches den CO₂-Ausstoß in Österreich bis 2050 auf ein Fünftel (nämlich auf rund 2 Tonnen pro EinwohnerIn und Jahr) senkt. Diese zwei Tonnen stehen nämlich jeder/m ErdenbürgerIn fairerweise zu. Dies allein stellt aber die globale Klimagerechtigkeit noch nicht her. Es ist auch zu berücksichtigen, dass die Industriestaaten in den beiden vergangenen Jahrhunderten ihren Reichtum auf Kosten des Weltklimas aufgebaut haben. Hier ist also noch „Wiedergutmachung“ zu leisten, in dem die Industriestaaten nicht nur den eignen Klimaschutz bewerkstelligen, sondern auch jenen der Entwicklungs- und Schwellenländer mitfinanzieren.

Weitere Informationen:

GLOBAL 2000 Presse: Ruth Schöffl, Tel.: 0699/14 2000 19, presse@global2000.at
GLOBAL 2000 Energiereferent: Dr. Heinz Högelsberger, 01/812 57 30 18